

Bezogen auf den Import war Taiwan im letzten Jahr sogar auf Platz fünf unter den Lieferanten des chinesischen Festlandes. (CP, 25.10.91)

Nach wie vor lehnt Taiwan den offiziellen Kontakt einschließlich des direkten Handels mit Beijing ab. Der Warenaustausch zwischen beiden chinesischen Seiten an der Taiwan-Straße wurde bislang hauptsächlich über Hongkong abgewickelt. Den Statistiken des Zollamtes von Hongkong zufolge ist das Gesamtwertvolumen des "chinesisch-chinesischen" Transithandels über die Kronkolonie vom Januar bis August d.J. mit 3.512,77 Mio.US\$ gegenüber dem Vorjahreszeitraum drastisch um 41,06% gestiegen. Insgesamt hat Taiwan in den ersten acht Monaten Güter im Wert von 2.849,33 Mio.US\$ nach dem Festland ausgeführt, 40,82% mehr als vor einem Jahr; zugleich betrugen Taiwans Einfuhren aus dem Festland 663,44 Mio.US\$, 42,1% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Damit wies die Bilanz einen riesigen Überschuß von 2.185,89 Mio.US\$ zugunsten Taiwans auf. Vom Monatsergebnis her gesehen, ist das gesamte Handelswertvolumen beider Seiten im August gegenüber dem Vormonat um 6,51% gefallen, hauptsächlich infolge des Rückgangs der taiwanesischen Ausfuhren um 8,5%. Aber im Vergleich zum Vorjahresmonat hatte das Gesamthandelsvolumen vom August noch immer einen drastischen Zuwachs von 44,59% zu verzeichnen. (LHB, 25.10.91) -ni-

***(48)
Aufschwung in der Konjunktorentwicklung hält an**

Die rosige Konjunktorentwicklung in Taiwan hält weiter an. Zur Bewertung der Konjunkturtendenzen und Mahnung für Gegenmaßnahmen verwendet der Rat für wirtschaftliche Planung und Entwicklung des Exekutivvyan (Kabinetts) ein sich auf neun wichtige Wirtschaftsindikatoren stützendes System von 50 Punkten und eine Skala von fünf Farben: rot, rotgelb, grün, gelbblau und blau. Eine überhitzte Konjunktur von über 38 Punkten wird mit "Rot" signalisiert, "Blau" mit unter 17 Punkten bedeutet Depression, dazwischen liegen die Abstufungen "Rotgelb" (32-38 Punkte) für Expansion, "Blaugelb" (17-23 Punkte) für Rezession und "Grün" (23-32 Punkte) für normale Entwicklung.

Im Juni d.J. hatte die Konjunktur-"Kontrolllampe" seit 15 Monaten zum erstenmal wieder "grün" (24 Punkte) signalisiert, im Juli stieg sie auf 28 Punkte - eine Rekordhöhe seit zwei Jahren. Zwar sank sie im August wieder auf schätzungsweise 26 Punkte, die Kontrolllampe blieb aber noch immer auf "grün", d.h. auf einen gesunden Konjunktorentwicklungskurs.

Jüngsten offiziellen Statistikangaben zufolge betrug der Exportwert im September 6.987 Mio.US\$, 13,42% höher als im August und 25,27% höher als im Vorjahresmonat. Gleichzeitig ist der Importwert mit 5.262 Mio.US\$ um 1,15% gegenüber dem Vormonat und 27,02% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Vom Januar bis September erreichte der Exportwert kumulativ 56.380 Mio.US\$ und der Importwert 46.750 Mio.US\$, 14% bzw. 16,4% mehr als vor einem Jahr. Die Exportauftragseingänge lagen im September mit 6.315 Mio.US\$ um 1,22% niedriger als im August, aber um 13,23% über dem Vorjahresmonat. In den ersten drei Quartalen d.J. hatten sie gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Zuwachs von 11,06% zu verzeichnen.

Aufgrund der Exportexpansion erhöhte sich auch die Industrieproduktion. In den ersten drei Quartalen ist der Produktionsindex gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,7% gestiegen, im September lag er bei 127,4 Punkten, 5,34% niedriger als im Vormonat, aber 6,88% höher als im Vorjahresmonat.

Günstig hat sich auch die Preisentwicklung gestaltet. Im September sind die Verbraucherpreise gegenüber August um 0,09% und gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,29% gesunken. Die Arbeitslosenquote betrug im September nur 1,79%, 0,01% höher als im Vormonat und 0,19% niedriger als vor einem Jahr.

Die private Investitionstätigkeit zeigte sich jedoch mit einem Zuwachs von real 2,8% im 2. Quartal weiterhin recht schwach. Die ausländischen Investitionen in Taiwan gingen in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18,77% zurück, hingegen stiegen die Auslandsinvestitionen Taiwans um 11,89%. (Domestic & Foreign Express Report of Economic Statistics Indicators, Oct. 1991, Dept. of Statistics, Ministry of Economic Affairs; LHB, 25.10.91) -ni-

Hongkong und Macau

***(49)**

Das künftige höchste Berufungsgericht Hongkongs entfacht neuen Zwist mit Beijing

Kaum daß das sino-britische Memorandum zur Verständigung über den Bau eines neuen internationalen Flughafens in Hongkong am 3. September in Beijing unterzeichnet worden ist, taucht ein neuer Streit zwischen Hongkong und Beijing auf: es geht um die Einrichtung der künftigen höchsten Berufungsinstanz in Hongkong. Sowohl in der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 über die Rückgabe der britischen Kolonie an China 1997 als auch in dem vom chinesischen Nationalen Volkskongreß am 4. April 1990 verabschiedeten Grundgesetz für Hongkong als Sonderverwaltungszone der VR China ab 1997 ist die Gründung eines höchsten Berufungsgerichtes in Hongkong vorgesehen, das den bisherigen Justizausschuß des Staatsrats in London (Judicial Committee of the Privy Council) als letzte Revisionsinstanz für Hongkong ablösen soll. Doch wie und wann es errichtet werden soll, ist in beiden Dokumenten nicht festgelegt.

Um die unabhängige Gerichtsbarkeit Hongkongs zu sichern und das Vertrauen der Bevölkerung in die Zukunft zu stabilisieren - besonders nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in Beijing vor zwei Jahren -, verlangen die Briten von den Chinesen, das höchste Berufungsgericht noch vor 1997 einzurichten. Erst beim Besuch des britischen Premiers John Major Anfang September d.J. in Beijing zur Unterzeichnung des o.g. Memorandums kam die chinesische Regierung dem britischen Vorschlag zur Behandlung der Frage entgegen.

Auf den 20. Sitzung der sino-britischen Gemeinsamen Liaisongruppe zur Vorbereitung der Übergabe Hongkongs, die vom 24. bis 26. September in London stattfand, einigten sich beide Seiten auf das Jahr 1993 für die Einrichtung der höchsten Berufungsinstanz in Hongkong - also vier Jahre vor der Rückgabe der Kronkolonie. Es wurde vereinbart, daß das Gericht aus fünf

Richtern bestehen solle, wobei vier ständige Richter (einschließlich des Vorsitzenden) des Berufungsgerichts sein würden, während der fünfte bei Bedarf im Einzelfalle auch aus einem ausländischen des "Common Law"-Gebiets hinzugeladen werden könne. (DGB, 28.9.91)

Diese Vereinbarung stieß in Hongkong auf heftige Kritik, besonders seitens der Rechtsanwaltskammern "Hongkong Bar Association" und "Law Society of Hongkong". Man befürchtet, die unabhängige Gerichtsbarkeit Hongkongs könne durch vier einheimische und einen ausländischen Richter in der höchsten Berufungsinstanz nicht gewährleistet werden. Besorgniserregend sei nach Meinung der Kritiker auch, daß es in Hongkong unter den Einheimischen noch nicht genügend qualifizierte Juristen für das höchste Richteramt gäbe und Beijing durch Ernennung der Richter die Gerichtsbarkeit Hongkongs beeinflussen könne. Zur Zeit sind die meisten Richter Hongkongs und zumal in den höheren Instanzen Engländer, und viele der qualifizierten Juristen wollen nach einer Meinungsumfrage dieses Jahres vor der Rückkehr Hongkongs nach China aus der Kolonie auswandern. Gemäß dem o.g. Grundgesetz für die Sonderverwaltungszone Hongkong ab 1997 muß der vorsitzende Richter des höchsten Berufungsgerichts ständiger Bürger Hongkongs nicht-ausländischer Nationalität sein.

Bei den Verhandlungen über das 1984er Abkommen sollen die Briten auf drei der fünf Richterämter für Ausländer bestanden haben, was von der chinesischen Seite nicht akzeptiert werden konnte. Auch auf die reduzierte Quote von zwei Ausländern für das höchste Richteramt konnte man sich am Verhandlungstisch der sino-britischen Liaisongruppe nicht einigen; zustande kam schließlich das Minimalzugeständnis eines "auswärtigen" Richters. Dies wird denn auch den Briten von Kritikern als Kapitulation vorgeworfen. Das Übereinkommen entspreche nicht dem Abkommen von 1984 und dem künftigen Grundgesetz, wo für die Hinzuziehung von ausländischen Richtern zur Mitarbeit am höchsten Berufungsgericht keine zahlenmäßigen Einschränkungen vorgesehen seien.

Der Legislativrat, der in den kommenden Monaten ein Gesetz für die Gründung des geplanten höchsten Berufungsgerichts beraten soll, beschloß am 25. Oktober mit einer überwiegenden Mehrheit von 38 : 1 Stimmen einen Appell an die Kolonialregierung, die Organisation und Struktur des höchsten Berufungsgericht mit Beijing neu zu verhandeln. Doch noch einen Tag davor hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums verlautbaren lassen, eine Neuverhandlung darüber werden kategorisch abgelehnt. (DGB, 26.-27.10.91; XNA, 25.10.91; SCMP, 14.-15., 19. u. 26.10.91; FT, 20., 26./27. u. 28./29.10.91; AWSJ, 17.10.91; IHT, 16.10.91; FEER, 10. u. 31.10.91; Jiushi-niandai, Hongkong, 1991/No.11, S.26-28; Jingbao, Hongkong, Nov. 1991, S.13-15) -ni-

*(50)

Zusammensetzung des neuen Exekutivrats von Hongkong

Der Gouverneur von Hongkong, Sir David Wilson, gab am 24. Oktober die Ernennung von zehn Mitgliedern des Exekutivrats der Kolonialregierung bekannt, es sind: Lady Dunn (Deng Lianru), Allen Lee Peng-fei (Li Peng-fei), William Purves (Pu Weishi), Rita Fan Hsu Lai-tai (Fan Xu Litai), Wang Gungwu (Wang Gengwu), Barrie Wiggham (Qu Hang), Hui Yin-fat (Xu Xianfa), Andrew Wong Wang-fat (Huang Hongfa), Selina Chow Liang Shuk-ye (Zhou Liang Shuyi) und Edward Ho Sing-tin (He Chengtian); unter ihnen sind die letzten vier neue Gesichter.

Der Exekutivrat übt in gewisser Weise die Kabinettsfunktion des britischen parlamentarischen Systems aus. Die ernannten Exekutivratsmitglieder sind vergleichbar Ministern ohne Geschäftsbereich. Außer ihnen gibt es noch vier ex-officio Mitglieder, es sind dies zur Zeit: Vorsitzender Minister (Chief Secretary) Sir David Ford, Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte (in Hongkong) Generalmajor P.R. Duffell, Finanzminister (Financial Secretary) Hamish Macleod und Generalstaatsanwalt (Attorney General) J.F. Mathews.

Im neuernannten Exekutivrat sitzen wieder ausschließlich Wirtschaftsvertreter und konservative Kräfte. Kein Vertreter der liberaldemokratischen

Gruppierungen unter Führung der "United Democrats of Hongkong", die bei den ersten direkten Teilwahlen zum Legislativrat im September d.J. 1991 insgesamt 18 Sitze gewonnen hatten, wurde in den Exekutivrat berufen. Gouverneur Wilson begründete dies damit, daß sie, die liberalen Demokraten, nicht zur Geheimhaltung und kollektiven Verantwortung des Exekutivrats bereit seien. (SCMP u. FT, 25.11.91; DGB, 26.10.91) -ni-